

Grüne kritisieren Kürzungen bei Behindertenhilfe

Mehr Mittel für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern nötig

München (10.10.2012/bea). Die Grünen im Bayerischen Landtag kritisieren die Kürzung der Zuschüsse für Investitionen für Einrichtungen der Behindertenhilfe im Rahmen des Bayerischen Landesplans für Menschen mit Behinderung. „In Zeiten von Inklusion kürzt die Staatsregierung sogar bei der Behindertenhilfe“, erklärt die haushaltspolitische Sprecherin **Claudia Stamm**. „Inklusion ist wohl nach wie vor ein Fremdwort für die Staatsregierung, vielleicht sollte man ihr einmal ein Wörterbuch schenken.“

Wie **Claudia Stamm** erläutert, sollen nach dem Entwurf der Staatsregierung für den Doppelhaushalt 2013/2014 von den im Nachtragshaushalt 2012 eingestellten Verstärkungsmitteln für Investitionen zur Schaffung, Erweiterung, Ausstattung und Modernisierung von Wohnheimen und Förderstätten für Menschen mit Behinderung sowie für sozialpädiatrische Zentren insgesamt sieben Millionen Euro gestrichen werden. „Damit werden die Mittel für die Investitionskostenförderung im Bereich der Behindertenhilfe empfindlich gekürzt“, so die Haushaltsexpertin. „Die Kürzung ging nur so geräuschlos vonstatten, weil die Staatsregierung in ihrem Haushalt mit Verschiebebahnhöfen arbeitet und Mittel in einen Etat einstellt, wo sie nicht hingehören.“ Der tatsächliche Bedarf an Investitionskostenförderung steige jedoch kontinuierlich weiter an.“

Die Grünen fordern darum insgesamt eine Aufstockung der Mittel im Bayerischen Landesplan für Menschen mit Behinderung um 8,5 Millionen Euro. „Wir brauchen zusätzliche Mittel, um ambulante Maßnahmen auszubauen und für Hilfsangebote im Zuge der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bayern.“